



Beschluss

vom 3. April 2007

Nr. 2952

Postulate

Postulat Beata Studer-Lenzlinger: Förderung neuer erneuerbarer Energien und Energiesparmassnahmen: Bewilligungsgebühren abschaffen?; Frage der Erheblicherklärung

Die Direktion Bau und Planung berichtet:

Beata Studer-Lenzlinger und 42 Mitunterzeichnende reichten am 13. Februar 2007 das genannte Postulat ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung des Postulates wie folgt Stellung:

1. Mit dem Postulat soll der Stadtrat den Auftrag erhalten, über die Baubewilligungsverfahren für Wärmedämmungsmassnahmen und für Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien Bericht zu erstatten und insbesondere die Frage zu prüfen, ob in solchen Verfahren die Bewilligungsgebühren erlassen werden können. Der erste Teil eines solchen Postulatsberichtes soll somit die Darstellung des Baubewilligungsverfahrens, der zweite Teil die Frage des Gebührenerlasses für diese Energiemassnahmen enthalten.
2. Was den ersten Teilauftrag betrifft, so ist der Stadtrat bereit, in einem Bericht die Möglichkeiten darzustellen, die im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zu Gunsten der Zielsetzungen des effizienten und sparenden Energieeinsatzes bestehen. Im Gegensatz zu den Ausführungen in der Postulatsbegründung sollte nämlich ein solches Verfahren nicht nur als „Hindernis“ für Energiesparmassnahmen gesehen werden, vielmehr kann ein Verfahren mit den damit verbundenen Kontakten zwischen dem Gesuchsteller oder der Gesuchstellerin und den Fachleuten der Verwaltung durchaus auch positiv für die Beratung, die Information und die Sensibilisierung im Zusammenhang mit der Energieproblematik genutzt werden. Dies gilt selbstverständlich nicht nur für das eigentliche Baubewilligungsverfahren, sondern in einem noch stärkeren Masse für die vorgängige Phase der Bauberatung. Hier bietet sich die Chance - die bereits genutzt wird - für Hinweise und Informationen im Interesse des effizienten Energieeinsatzes. Darüber kann in einem



Postulatsbericht orientiert werden, der Postulatsauftrag sollte hingegen entsprechend angepasst werden.

3. Eine Anpassung des Postulatsauftrages ist auch aus einem zweiten Grund nötig: Der mit dem Postulat angesprochene generelle Erlass der Bewilligungsgebühren im Baubewilligungsverfahren ist rechtlich problematisch. Die Gebührenfestsetzung im Baubewilligungsverfahren ist kantonal geregelt. Massgebend ist insbesondere der Gebührentarif der Kantons- und Gemeindeverwaltung vom 2. Mai 2000, der den verbindlichen Gebührenrahmen im Baubewilligungsverfahren festsetzt. Die Mindestgebühr beträgt danach Fr. 100.–, die Maximalgebühr Fr. 10'000.–. Die Gemeinde kann allerdings innerhalb dieses Rahmens eigene Richtlinien über die Abstufung der Gebühren festlegen, wobei die Gebührenhöhe grundsätzlich vom jeweiligen Aufwand für die Prüfung und Bearbeitung des Gesuches abhängig ist. Ein genereller Erlass, d.h. ein Verzicht auf die Erhebung einer Gebühr ist gemäss Art. 10 der „Verwaltungsgebührenverordnung“ des Kantons nur dann zulässig, wenn der Gebührenpflichtige sich in einer Notlage befindet oder wenn die Bezahlung der Gebühren eine Härte bedeuten würde. Darum geht es hier aber nicht. Gemäss kantonalem Recht nicht möglich ist somit ein Gebührenerlass im Hinblick auf die Erreichung bestimmter öffentlicher Zielsetzungen, z.B. im Hinblick auf das Energiesparen. Dafür müssten die erwähnten Rechtserlasse des Kantons St.Gallen geändert werden. Dazu ist eine Motion im Februar 2007 im Kantonsrat eingereicht worden, diese fordert die Abschaffung der Gebühren für die Bewilligung zur Erzeugung neuer erneuerbarer Energien. Die Regierung hat am 27. März 2007 dem Kantonsrat beantragt, auf die Motion nicht einzutreten. Begründet wird dies im Wesentlichen mit dem geringen Anteil der Bewilligungsgebühren an den gesamten Investitionskosten und mit der Problematik einer solchen indirekten Subventionierung im Hinblick auf die Gleichbehandlung aller gebührenpflichtigen Amtshandlungen.
4. Mit der Postulantin wurde aus diesen beiden Überlegungen ein angepasster, neu formulierter Postulatstext vereinbart, der dem Stadtparlament vorgelegt wird. Der Stadtrat beantragt die **Erheblicherklärung dieser geänderten Fassung**.

Information über die Stellungnahme des Stadtrats zur Frage der Erheblicherklärung gemäss Art. 67 Geschäftsreglement Stadtparlament:

- Der mit dem Postulat angesprochene Erlass der Gebühren im Baubewilligungsverfahren für Energiesparmassnahmen berührt übergeordnetes Recht. Die Möglichkeiten, erneuerbare Energien und Energiesparmassnahmen im Baubewilligungsverfahren zu unterstützen, sollten umfassender dargestellt werden. Im Einvernehmen mit der Postulantin beantragt der Stadtrat deshalb folgenden abgeänderten Postulatstext:



„Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Rahmen der Bauberatung und des Baubewilligungsverfahrens - einschliesslich der Gebührenbemessung - bei Gebäudesanierungen Massnahmen zu Gunsten der effizienten Energienutzung und des Einsatzes erneuerbarer Energien unterstützt und gefördert werden können.“

Auf Antrag der Direktion Bau und Planung beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Die Direktorin Bau und Planung wird beauftragt, in diesem Sinne im Stadtparlament Stellung zu nehmen.

Beilage:

Postulat vom 13. Februar 2007

